

Religionsfreiheit in der Türkei und das Strafrecht

Doç. Dr. Ayşe Nuhoglu¹

Bevor wir die Beziehung in der Türkei zwischen dem Strafrecht und der Religionsfreiheit erörtern, wollen wir die Stellung des türkischen Staates in Sachen der Religion erklären.

Gemäß Artikel 2 der türkischen Verfassung, ist die türkische Republik ein demokratischer, laizistischer und sozialer Rechtsstaat. Laizismus ist in diesem Artikel zunächst nur im Wortlaut erwähnt. Im Näheren werden dann im Artikel 24 die Religions- und Meinungsfreiheit und in den Artikeln 25 und 26 Gewissensfreiheit und Meinungsfreiheit, sowie das Recht der Ausbreitung dieser Meinungen geregelt.

Der Laizismus ist der Grundstein der türkischen Republik. Alle Grundinstitutionen der Republik lehnen sich an dieses Prinzip. In der Türkei beruhen nationale Souveränität und Unabhängigkeit und die Demokratie auf dem Laizismusprinzip. Laizismus schützt die Gemeinschaft gegen diejenigen böswilligen Personen, die es wagen könnten, die Religion oder die religiösen Gefühle oder die religiösen Heiligkeiten zu ihren persönlichen oder politischen Vorteilen zu missbrauchen.²

A. Die Auslegung des Laizismusprinzips seitens des Verfassungsgerichts

In der Türkei wird Laizismus anders ausgelegt und die Verfassungsregelung ist verschieden, wenn man ihn mit „secularism“ in einigen europäischen Ländern vergleicht, weist aber parallele Bezüge mit dem Laizismus *in Frankreich* auf.³

Das türkische Verfassungsgericht hat den Inhalt des Laizismus ausgelegt. Man kann den Grundgedanken dieser Entscheidungen kurz wie folgt beschreiben: Laizismus bedeutet nicht nur eine Trennung zwischen den religiösen und staatlichen Angelegenheiten, sondern er betrifft alle Ebenen des gesellschaftlichen Lebens und

¹ Rechtswissenschaftliche Fakultät der Marmara Universität, Istanbul/Türkei.

² *Kanadoğlu*, Laiklik Yasal Koruma Altındadır, Prof. Dr. Erdoğan Teziç'e Armağan, İstanbul 2007, S. 502.

³ *Meyson-Renoux*, La Conception Française De La Laicite (angeführt in: Prof. Dr. Erdoğan Teziç'e Armağan, İstanbul 2007, S. 473).

gedeiht in einem Boden, der aus nationaler Unabhängigkeit, Demokratie, Freiheit und der Wissenschaft besteht.⁴

Das Verfassungsgericht hat in der Entscheidung vom 07.03.1989 die Merkmale des Laizismus wie folgt erklärt.⁵

- 1) Die Religion darf keinen Einfluss auf staatlich- und regierungsrelevante Sachen nehmen.
- 2) Das Grundgesetz soll die Religionen nicht diskriminieren und muss alle Religionen unbegrenzt schützen und auf diese Weise einen uferlosen Freiheitsraum schaffen.
- 3) Die Religionsfreiheit kann begrenzt werden, um die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu schützen und um des Missbrauchs der Religion und deren Ausbeutung vorzubeugen. Diese Regelungen können im Bereich des persönlichen Lebens gemacht werden, die das öffentliche Leben des Individuums betreffen.
- 4) Weil der Staat die öffentliche Ordnung und Ausübung der Rechte gewährleisten soll, rechtfertigt das Laizismusprinzip eine Kontrolle des Staates über die Ausübung der religiösen Rechte und Freiheiten.

Das Verfassungsgericht hat in dieser Entscheidung zusätzlich betont, dass die demokratische Ordnung des Staates das Gegenteil des Religionstaates (Scharia) ist, wo die religiösen Prinzipien im Vordergrund stehen.

In dieser Entscheidung wird des Weiteren betont, dass die Hervorhebung von religiösen Elementen in der Staatsverwaltung undemokratisch ist und dass ein demokratischer Staat nur ein laizistischer Staat sein kann.

Wenn der Staat religionsorientierte Regelungen vornimmt, dann können diese Regelungen religiöse Uneinigheiten und Erpressungen zur Folge haben und im Endeffekt kann die freiheitliche und auf gegenseitigem Respekt gegründete Demokratie nicht mehr existieren.

In einer weiteren Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes vom Jahre 1998⁶ wird zur Rede gebracht, dass das Gericht Laizismus nicht als eine Meinungsform und einen Meinungsmaßstab annimmt. Ganz im Gegenteil. Der Laizismus soll als eine Denkweise, ein Verhaltensmuster und als eine Art von Benehmen angenommen werden.

⁴ *Dinçkol*, 1982 Anayasası Çerçevesinde ve Anayasa Mahkemesi Kararlarında Laiklik, İstanbul 1992, S. 208.

⁵ Any. Mah. T. 07.03.1989, E. 1989/1, K. 1989/12, RG. 05.07.1989/20216.

⁶ Any. Mah. T. 16.01.1998, E. 1997/1, K. 1998/1.

Anders ausgedrückt: Die Bürger sind frei in ihren Konfessionen, und der Staat wird darüber kein Einfluss nehmen; in den Staatswesen wird nicht Dogma und die scholastischen Meinungen, sondern Wissenschaft und Vernunft Feder führend sein.

Dieses Urteil betont, dass mit der Übernahme des Laizismusprinzips durch die dogmatischen Werturteile, die sich an Wissenschaft und Vernunft anlehnen, angenommen worden sind. Auf diese Weise haben die religiösen Gefühle im Gewissen der Personen eine hohe Stellung eingenommen. Individuen, die sich zu verschiedenen Religionen bekannt haben, haben Vertrauen, dass der Staat gegenüber verschiedenen Religionen gleiche Distanz haben wird, und dieser Zustand erzeugt ein Sicherheitsgefühl.

Das ganze bewirkt, dass im Land Frieden herrscht, und die Bürger fühlen sich als eine Nation verbunden und bilden somit individuelle Teile eines Volkes, das ein Bestandteil der türkischen Republik ist. Die Prinzipien des "Rechtsstaates" und "Herrschaft von Recht" bekommen ihre Stärke aus dem Laizismusprinzip; das "Prinzip des Nationalstaates" wird durch das Laizismusprinzip ergänzt.

Die Rechtsreformen in der Türkei haben ihre Bedeutung durch den Laizismus gefunden. Die türkische Verfassung verbietet eine Änderung des Prinzips des Laizismus. Der Laizismus hat die Reformen in der Türkei beschleunigt. Modernisierung des Landes wurde möglich, da anstelle von Religion die Wissenschaft herrscht.

Laizismus kann man nicht nur als "eine Trennung von religiösen und staatlichen Angelegenheiten" bezeichnen, was eine Einengung mit sich bringen könnte. Laizismus ist der Nährboden für die Modernisierung der Freiheit.

Die Modernisierungsphilosophie in der Türkei hat das Ziel, einen humanen Lebensstandard mit bestimmten menschlichen Idealen zu schaffen. Die Religion ist ein soziales Institut und kann nicht in der Ausgestaltung des Staates und deren Verwaltung herrschen. Die herrschende Kraft im Staat sind nicht religiöse Regeln, sondern Vernunft und Wissenschaft.

Die Religion ist eine Bekenntnissache zwischen Gott und dem Mensch. Die Religion herrscht und regelt das innere Leben der Personen und kann deswegen keine Quelle oder rechtfertigendes Element des Staatswesens sein.

Der Staat darf jedoch über die religiösen Angelegenheiten Kontrolle ausüben; das kann nicht als eine Beschränkung der Religionsfreiheit betrachtet werden, wenn es erforderlich ist, um die demokratische Ordnung zu schützen. Die Identität der staatlichen und religiösen Angelegenheiten verursacht Schäden am Staatswesen, die durch Laizismus vorgebeugt werden können. Durch den Laizismus wird der Weg des

modernen Lebens aufgeschlagen und dieses Konzept bildet ein unabhängiges Rechtsinstitut.

In der Türkei bildet das Prinzip des Laizismus eine Lebensphilosophie und ist ein Werkzeug zum Übergang zur Demokratie. In einem laizistischen Staat haben die heiligen religiösen Gefühle keinen Einfluss über die Politik, weltliche Angelegenheiten und keine Bezüge zu rechtlichen Regelungen. Die Regelungen werden nach wissenschaftlichen Maßstäben und nach den Bedürfnissen des Individuums und der Gesellschaft gemacht und nicht nach religiösen Bedürfnissen und Gedanken.

Der Verfassungsgerichtshof hat ein weiteres Urteil über den Laizismus im Jahre 1995 erlassen,⁷ in dem der Laizismus als eine Verhaltensweise, welche sich an den Respekt für die Meinungsfreiheit anlehnt, erklärt wird. Hier wird besonders erwähnt, dass Laizismus keine Feindschaft gegen die Religion ist, und nicht als Atheismus oder gegen die Religion verstanden werden sollte.

Der Verfassungsgerichtshof hat im Jahre 1998 entschieden,⁸ dass die Religions- und Gewissensfreiheit, das Recht, "sich für eine Religion zu bekennen oder an keine Religion gebunden zu sein" beinhaltet, und wenn die Person sich einer Religion bekennt, auch die Prozeduren der Religionsausübung mitlernen darf. In diesem Zusammenhang hat jede Person ein Recht auf Erziehung seiner religiösen oder philosophischen Meinungen, welche nicht eingeengt werden darf. Dieses Urteil ist deswegen wichtig, weil es "das Nichtglauben" auch unter den Schutz des Staates stellt, also nicht nur für die Personen funktioniert, die einen festen Glauben haben.

In einem demokratischen und laizistischen Rechtsstaat sind die Freiheiten vom Wählen der Religion und die Äußerung der Meinungen als verfassungsrechtliche Grenzen gezogen; innerhalb dieser Grenzen darf der Gesetzgeber Gesetze erlassen. Der Staat steht in derselben Distanz zu alle Religionen und Bekenntnissen.

Wenn sich der Staat für die eine oder die andere Religion entscheidet, dann ist diese Wahl gegen das Prinzip der Gleichheit, dass für alle Bürger verschiedener Religionen gelten soll. Durch diesen Gesichtspunkt ist der Laizismus die wichtigste Garantie der Religions- und Bekenntnisfreiheit.

Es ist in der Natur des laizistischen Staates, dass der Staat keine öffentliche Religion hat, keiner der Religionen einer anderen Religion überragend ist und der Staat mit Verwaltungsakten die Ausübung "einer" Religion nicht fördern soll.

⁷ Any. Mah. T. 21.06.1995, E. 1995/17, K. 1995/16, AMKD, sy. 31, C. 2, S. 546.

⁸ Any. Mah. T. 16.09.1998, E. 1997/62, K. 1998/52.

All diese Regelungen garantieren, dass die Individuen sich an bestimmte Religionen, deren Umfang mit den Vorschriften bestimmt ist, bekennen können, aber auch frei sind, diese Religionen nicht zu akzeptieren und sich für keine Religion zu entscheiden. Die Freiheit der Personen über die Wahl der Religion und die Veröffentlichung der Meinungen sind in einem demokratischen und laizistischen Rechtsstaat außerhalb der Gesetzgebungsgewalt des Staates, wenn sie innerhalb der verwaltungsrechtlichen Grenzen bleiben.

B. Religion und Strafrecht

In einem Rechtssystem, welche das Prinzip des Laizismus, wie er oben beschrieben ist, annimmt, ist es undenkbar, dass "eine" Religion und die von "einer" Religion als heilig angesehenen Werturteile durch strafrechtliche Normen geschützt werden. Bei einem solchen System genießen nur die Religionsfreiheit und die Freiheit der Äußerung der Bekenntnisse und Gedanken den strafrechtlichen Schutz.

Weil die Türkei ein laizistischer Staat ist, sind die Bestimmungen im StGB, die die Religion betreffen, Tatbestände, die die oben genannten Freiheiten schützen. Diese Tatbestände schützen die Religionsfreiheit, ohne eine Unterscheidung zwischen den Religionen zu machen, wobei sie auch die Freiheit des Atheismus schützen.

In einer laizistischen Ordnung muss der Staat gegen die Religionen parteilos handeln. In einem demokratischen System herrscht das Prinzip der Gleichheit, welches auch hinsichtlich der Inanspruchnahme des Schutzes der Religion, "Gleichheit" genießen soll. Deswegen muss der Staat keine Unterscheidung zwischen den Personen machen, wenn es um Äußerung und Verbreitung der religiösen Meinungen, Erziehung, Ausübung der Bekenntnisse und um religiöse Organisationen geht.⁹

C. Besonderheiten laizistischer strafrechtlicher Bestimmungen

Die Beschaffenheiten eines laizistischen Strafgesetzbuches kann man wie folgt beschreiben:¹⁰

Keine Religion überragt die andere;

Die Religion ist eine Freiheit;

⁹ *Nuhoğlu*, İnanç Özgürlüğüne İlişkin Alman Anayasa Mahkemesi'nin Bir Kararı, Prof. Dr. Nurullah Kunter'e Armağan, İstanbul 1998, S. 190.

¹⁰ *Özek*, Türkiye'de Laiklik İstanbul 1962, S. 216.

Die Verletzung der Religionsfreiheit wird bestraft;

Die Verletzung religiöser Regeln kann nicht als eine Straftat betrachtet werden;

Der Täter muss mit Absicht handeln und einfacher Vorsatz ist nicht genügend.

Wenn der Gegenstand des strafrechtlichen Schutzes die "Religionsfreiheit" ist, dann gibt es folgende Konsequenzen:

Das Individuum hat einen Anspruch gegenüber dem Staat, dass die Verletzungen gegen seine Bekenntnisse bestraft werden. Der Staat hat die Aufgabe, solche Verletzungen zu verhindern, und falls die Verletzung zustande kommt, den Täter zu bestrafen. Der Staat soll Verletzungen vorbeugen und den Täter bestrafen. Diese vorbeugende und bestrafende Funktion des Staates betrifft die persönlichen Bekenntnisse aller Individuen. Bezüglich des Schutzes der Freiheiten, muss der Staat unparteiisch sein. Wenn eine Religion mehr Schutz genießt als eine andere, dann würde diese Lage auch gegen die Freiheit der Religion sein.¹¹

Wie bei allen Freiheiten, kann der Staat auch die Freiheit der Religion, der Bekenntnis und des Gottesdienstes beschränken.

Wenn die Ausübung der Religionsfreiheit die öffentliche Ordnung stört, dann kann das eine Straftat bilden und bedeutet zugleich ein Missbrauch der Religionsfreiheit.

Manche Bestimmungen im Strafgesetzbuch schützen die Religion und die Bekenntnisfreiheit in einer direkten Weise, wobei andere Bestimmungen die laizistische Grundordnung des Staates schützen und dabei eine indirekte Wirkung auf die Religions-, und Bekenntnisfreiheit ausüben.

Es ist hier erwähnenswert, dass Artikel 3 Absatz 2 des neuen türkischen Strafgesetzbuches, der den Titel "die Gleichheit vor Justiz und Gesetze" trägt, eine Trennung zwischen Personen wegen ihrer Religionen, Konfessionen und Privilegien verbietet, sozusagen die Diskriminierungen aller Art (Diese Bestimmung im Strafgesetz gehört eigentlich nicht in ein Strafgesetz, sondern sollte in einer Verfassung stehen. Warum der Gesetzgeber diesen Weg eingeschlagen hat, ist schwer zu verstehen).

¹¹ Özek (Fn. 10), S. 177.

D. Gesetzliche Bestimmungen, die unmittelbar die Religionsfreiheit schützen

I. Türk. StGB Artikel 115

Türk. StGB Artikel 115 lautet:

(1) Wer unter Anwendung von Gewalt oder durch Drohung eine andere Person zur Erklärung bzw. Offenbarung oder Änderung ihres religiösen, politischen, sozialen, philosophischen Glaubens, ihrer Ansichten und Überzeugungen zwingt, oder deren Erklärung oder Verbreitung untersagt, wird mit Freiheitsstrafe von einem bis zu drei Jahren bestraft.

(2) Wenn die gemeinsame Ausübung des Gottesdienstes und Gottesgebets durch Anwendung von Gewalt oder Drohung oder auf andere rechtswidrige Weise durch ein anderes Verhalten verhindert wird, so wird mit der im vorhergehenden Absatz genannten Strafen bestraft.

Diese Bestimmung ist im Strafgesetz im Abschnitt „Straftaten gegen die Freiheit“ geregelt. Aus diesem Grund werden unmittelbar mit dieser Bestimmung neben der persönlichen Freiheit auch Religions-, Glaube- und Gebetsfreiheit geschützt. Bei diesem Artikel geht es nicht nur um Schutz der Freiheit einer bestimmten Religion oder der Freiheit der Himmelsreligionen, sondern auch um Schutz der Freiheit aller Religionen, die der öffentlichen Ordnung nicht entgegenstehen.

Die unter Absatz 1 des Artikels beschriebene Tat wurde als Gefährdungsdelikt geregelt, weil es zur Entstehung der Tat nicht erforderlich ist, seinen religiösen, politischen, sozialen, philosophischen Glauben, seine Ansichten und Überzeugungen zu erklären bzw. zu offenbaren, oder von deren Erklärung bzw. Offenbarung untersagt zu werden. Wenn man durch Anwendung von Gewalt oder Drohung gezwungen wird, seinen religiösen, politischen, sozialen oder philosophischen Glauben, seine Ansichten oder Überzeugungen zu erklären bzw. zu offenbaren oder wenn einem untersagt wird, diese zu erklären oder zu verbreiten, ist die Tat vollbracht.

Moralisches Element der Tat ist Absicht. Die Gewalt oder Drohung auf eine Person ist mit dem Zweck anzuwenden, seinen religiösen, politischen, sozialen, philosophischen Glauben, seine Ansichten und Überzeugungen zu erklären bzw. zu offenbaren, oder ihm deren Erklärung oder Offenbarung zu untersagen.

Im türk. StGB Artikel 115 Absatz 2 wird die Freiheit zum Gottesdienst geschützt. Die unter Absatz 2 beschriebene Straftat wurde nicht als Gefährdungsdelikt, sondern als Verletzungsdelikt geregelt, weil zur Entstehung der Tat die gemeinsame Ausübung des Gottesdienstes und Gottesgebets verhindert werden soll. Sofern Gewalt oder Drohung angewandt wird, aber gemeinsame Ausübung des Gottesdienstes und Gottesgebets nicht verhindert worden ist, muss man annehmen, dass die Tat nicht über das Versuchsstadium hinausgegangen ist. Wenn die Ausübung eines individuellen

Gottesdienstes und Gottesgebets durch die vorstehend genannten Mittel verhindert wird, so ist diese Tat nicht begangen worden. Nur im Falle der Verhinderung des gemeinsamen Gottesdienstes und Gottesgebets entsteht die Straftat.

Die Verhinderung des gemeinsamen Gottesdienstes und Gottesgebets deutet darauf hin, dass Gottesdienst und Gottesgebet nicht beginnen, und dass deren ordnungsgemäße Beendigung verhindert wird. Die Tat zur Verhinderung des Gottesdienstes und Gottesgebets ist erst dann als vollbracht angenommen, wenn Gottesdienst und Gottesgebet nach den Erfordernissen der betroffenen Religion ausgeübt werden und der rechtlichen Ordnung entsprechen.

Im Unterschied zu Absatz 1 werden in Absatz 2 die Mittel zur Verübung der Tat unbeschränkt aufgezählt. Anders gesagt: die Tat im Absatz 1 war eine Straftat, die nur mit der im Gesetz ausdrücklich beschriebenen Tathandlung begangen werden konnte (bağlı hareketli suç), aber die Tat im Absatz 2 ist eine Straftat, die mit beliebigen Tathandlungen begangen werden kann (serbest hareketli suç). Im Absatz 1 wurde beschrieben, dass die Tat mit Gewalt und Drohung verübt wird, aber im Absatz 2 wurde beschrieben, dass die Tat mit Gewalt, Drohung oder mit einem anderen rechtswidrigen Verhalten verübt werden kann.

Diese Tat wird mit Vorsatz begangen. Der Täter soll wissen und wollen, dass die gemeinsame Ausübung des Gottesdienstes und Gottesgebets verhindert wird.

Hinsichtlich beider Absätze wurde im Gesetz dafür eine Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu drei Jahren vorgesehen.

II. Türk. StGB Artikel 122; Diskriminierung

Türk. StGB Artikel 122 lautet:

(1) Wer durch Diskriminierung von Personen aus Gründen wie Sprache, Rasse, Farbe, Geschlecht, politische Ansicht bzw. Weltanschauung, philosophische Glaube, Religion, Konfession, und aus ähnlichen Gründen folgende Taten verübt, also;

a) Wer den Verkauf, die Übertragung eines beweglichen oder unbeweglichen Gutes oder Erfüllung einer Dienstleistung oder Nutzung der Dienstleistung verhindert oder Einsetzung oder Nichteinsetzung einer Person von einem der vorstehend genannten Gründe abhängig macht;

b) Wer die Lebensmittel nicht gibt oder Erfüllung einer öffentlichen Dienstleistung ablehnt;

c) Wer die ordentlichen wirtschaftlichen Aktivitäten einer Person verhindert; wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

Mit diesem Artikel wird die Diskriminierung zwischen den Menschen aus den vorstehend erwähnten Gründen bestraft, weil dadurch manche bevorteilt werden.

Die Tat wird mit Absicht verübt. Der Täter soll die Menschen aus Gründen wie Sprache, Rasse, Farbe, Geschlecht, politische Ansicht bzw. Weltanschauung, philosophischer Glaube, Religion, Konfession und aus ähnlichen Gründen diskriminieren und deshalb zum Beispiel die Erfüllung von Dienstleistungen ablehnen.

III. Türk. StGB Artikel 125, Beleidigung

Die Straftat "Beleidigung" wird im türk. StGB Artikel 125 geregelt; Absatz 3 Buchstabe (b) lautet:

wenn die Straftat "Beleidigung" wegen der Erklärung, Änderung und des Verbreitungsversuches des religiösen Glaubens, die Ansicht und religiöse Überzeugung, wegen des ungeeigneten Verhaltens nach Weisungen und Verboten der betroffenen Religion begangen wird; und Buchstabe (c) lautet: wenn die Straftat „Beleidigung“ gegen die heiligen Sachen der Religion der betroffenen Person begangen wird, so wurde angenommen, dass der Täter mit Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr bestraft werden solle.

Mit diesem Artikel werden die Rechte einer Person zur Erklärung, Verbreitung und Änderung seiner Religion sowie zum Verhalten entsprechend der Weisungen und Verbote seiner Religion geschützt. Durch diesen Artikel werden die Ehre und Würde der Person im Zusammenhang mit seinen religiösen Gefühlen geschützt. Um den erschwerenden Umstand Buchstabe "c" anwenden zu können, braucht der Täter nicht vorsätzlich die heiligen Werte bzw. Gegenstände zu beschimpfen bzw. zu beleidigen oder abzuschatzen. Wenn die vom Täter ausgesprochenen Worte geeignet sind, heilige Werte oder Gegenstände zu verachten bzw. abzuschatzen, dann soll der erschwerende Umstand angewandt werden. Zum Beispiel, wenn die Verwendung des Propheten oder des heiligen Buches verachtet bzw. beleidigt wird, muss der erschwerende Umstand angewandt werden, da die Absicht des Täters darin lag, nur die Person zu verachten bzw. zu beleidigen. Wenn man nur heilige Werte oder Gegenstände verachtet bzw. beleidigt, ohne die Person zu verachten oder zu beleidigen, ist es im StGB nicht als Tat bzw. strafbare Handlung festgelegt.

IV. Türk. StGB Artikel 153, Speicherung von persönlichen Daten

Im türk. StGB Artikel 153 wird die widerrechtliche Speicherung bzw. Eintragung der persönlichen Daten als Straftat (strafbare Handlung) geregelt. Der 2. Absatz des gleichen Artikels lautet:

Wer die Daten über politische, philosophische oder über religiöse Ansichten, Rassenherkunft, moralische Neigung, Sexualleben, Gesundheitszustand oder gewerkschaftliche Verbindungen widerrechtlich bzw. unbefugt als persönliche Daten gespeichert bzw. eingetragen hat, wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu drei Jahren bestraft.

Die Tat gilt erst dann als begangen, wenn persönliche Daten widerrechtlich gespeichert bzw. eingetragen sind. Wenn die betroffene Person damit einverstanden ist bzw. dazu ihre Zustimmung gegeben hat, wird die Speicherung bzw. Eintragung der persönlichen Daten nicht mehr als Straftat genannt. Die Speicherung der Daten braucht nicht unbedingt elektronisch durchgeführt zu werden; auch wenn sie nur auf dem Papier gespeichert worden ist, ist die Tat begangen. Der Artikel hat die Bestimmung des am 28.01.1981 von der Türkei unterschriebenen Vertrages über den „Schutz der Personen gegen automatische Bearbeitung von persönlichen Daten“ in Kraft gesetzt.

Durch die Bestrafung der Tat (bzw. der strafbaren Handlung) wird die Religionsfreiheit im Zusammenhang mit dem Schutz des privaten Lebens geschützt.

V. Türk. StGB Artikel 158 Abs. 1 lit. a, Qualitative Betrügerei (Betrug)

Über Qualitative Betrügerei (Betrug) wird im türk. StGB Artikel 158 Absatz 1 Buchstabe (a) das folgende geregelt: hier ist vorgesehen, dass die Tat durch Ausbeutung bzw. Ausnutzung des religiösen Glaubens und der Gefühle verübt wird und dafür wird als Strafe vorgesehen, dass der Täter mit Freiheitsentzug von zwei bis sieben Jahren oder mit Geldstrafe bis fünftausend Tage bestraft wird.

E. Gesetzliche Bestimmungen, die die laizistische Staatsordnung schützen

I. Türk. StGB Artikel 216; Aufhetzung und Verachtung des Volkes für Hass und Feindschaft

Türk. StGB Artikel 216 lautet:

(1) Wer einen bestimmten Teil des Volkes hinsichtlich sozialer Klasse, Rasse, Religion, Konfession oder Gebiet gegen den anderen Teil des Volkes öffentlich mit Hass und Feindschaft aufhetzt bzw. in Bewegung bringt und aus diesem Grund eine offene und nahe Gefahr für die Sicherheit der Öffentlichkeit auftaucht, wird mit Freiheitsstrafe von einem bis zu drei Jahren bestraft.

(2) Wer einen bestimmten Teil des Volkes hinsichtlich sozialer Klasse, Rasse, Religion, Konfession, Geschlecht oder Gebiet öffentlich verachtet bzw. abschätzt, wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu einem Jahr bestraft.

(3) Wer die religiösen Werte eines bestimmten Volksteiles öffentlich verachtet bzw. abschätzt und wenn die Tat geeignet ist, den Frieden der Öffentlichkeit zu stören, wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu einem Jahr bestraft.

Mit der Bestrafung der Tat wird der rechtliche Vorteil des Friedens geschützt.

Der 1. Absatz des Artikels enthält somit eine Regelung zur Beschränkung der Freiheit der Erklärung und Verbreitung von Gedanken und Ideen bzw. Meinungen. Aber die Bedingung der Beschränkung im Artikel ist eine der Europäischen Menschenrechtskonvention und den Beschlüssen des Europäischen Gerichtes für Menschenrechte entsprechende Beschränkung. Zur Bildung der Tat soll ein bestimmter Teil des Volkes hinsichtlich Religion und Konfession gegen einen anderen Teil des Volkes mit unterschiedlichen Eigenschaften öffentlich aufgehetzt bzw. in Bewegung gesetzt werden. Aber die Aufhetzung hier muss so sein, dass eine offene und nahe Gefahr für die Sicherheit der Öffentlichkeit auftaucht bzw. entsteht. Wie zu sehen ist, wird mit diesem Artikel die Bestrafung als abstraktes Gefährdungsdelikt geregelt.

Aus diesem Grund wird die Tat mit der öffentlichen Aufhetzung vollendet, weshalb ein bestimmter Volksteil gegenüber dem anderen Volksteil nicht unbedingt feindlich gesinnt sein muss.

Wie es in der Begründung des Artikels beschrieben ist, muss die Tat "Aufhetzung" außer abstraktem Respekt oder Ablehnung zum Zeigen von feindlichem Verhalten gegen einen bestimmten Volksteil oder zur Verstärkung solchen Verhaltens geeignet sein. Der Täter muss auch subjektiv diese Absicht haben, einen bestimmten Volksteil mit Hass und Rachsucht aufzuhetzen.¹² Wenn die Taten gegen den Laizismus in eine Dimension geraten, so dass diese unter dem Volk Rachsucht und Feindschaft entstehen lassen, ist die Tat vollendet.

In Artikel 216 Abs. 1 wird das Auftreten einer offenen und nahen Gefahr für die Sicherheit der Öffentlichkeit gesucht. In diesem Fall, zur Bildung der Tat, soll der Täter das Aufhetzen mit Gewalt verüben. Das Europäische Gericht für Menschenrechte hat mit seinen diversen Beschlüssen akzeptiert, dass zur Beschränkung einer Meinungsfreiheit (bzw. Gedankenfreiheit) der Täter mit Gewalt, bewaffneten Aufstand oder Widerstand aufhetzen soll.¹³

¹² Bkz. Gerekçe.

¹³ Ayhan v. Türkiye, 10.11.2004; Sürek v. Türkiye, 08.07.1999.

Meinungsfreiheit (bzw. Gedankenfreiheit) ist nicht unbeschränkt. Wie alle Freiheiten kann sie auf die im Grundgesetz und in internationalen Texten akzeptierten Bedingungen beschränkt werden.

Im 2. Absatz des Artikels wird die öffentliche Verachtung bzw. Abschätzung eines bestimmten Volksteiles aufgrund der Religions- oder Konfessionsunterschiede als Tat geregelt bzw. festgelegt. Zur Begründung der Tat genügt es, wenn das Volk öffentlich verachtet bzw. abgeschätzt wird. Ein bestimmter Teil des Volkes braucht sich nicht als verachtet bzw. unrespektiert zu fühlen. Es genügt, wenn die ausgesprochenen Worte objektiv verachtenswert sind.

Zur Begründung der Tat muss die Tat öffentlich verübt werden. Hinsichtlich des Geschädigten sollen die Personen in bestimmter Anzahl verachtet werden. Andernfalls ist die Tat "Beleidigung" einschlägig. Da die Tat gegen die Personen in unbestimmter Anzahl begangen wird, ist diese im Abschnitt "Taten gegen Frieden der Öffentlichkeit" geregelt.

Im 3. Absatz des Artikels ist es als Tat geregelt, wenn dadurch religiöse Werte öffentlich verachtet werden, weil dadurch der Frieden der Öffentlichkeit gestört werden kann. Unter religiösen Werten ist zu verstehen: religiös heilig angenommene Sachen wie Heiliges Buch, Prophet usw. Zur Begründung der Tat muss die Gefahr eintreten, den Frieden der Öffentlichkeit zu stören. Deshalb ist sie ein Gefährdungsdelikt.

II. Türk. StGB Artikel 309, Verstoß gegen das Grundgesetz

Türk. StGB Artikel 309 lautet:

(1) Wer durch Anwendung von Gewalt und Zwang die im Grundgesetz der Republik Türkei vorgesehene Ordnung zu beseitigen oder an Stelle dieser Ordnung eine andere Ordnung zu bringen oder praktische Durchführung dieser Ordnung zu verhindern versucht, wird mit einer erschwerten lebenslangen Freiheitsstrafe bestraft.

(2) Wenn bei der Begehung dieser Tat noch weitere Taten begangen werden, so wird der Täter ferner wegen dieser Taten nach den betroffenen Bestimmungen bestraft.

(3) Wegen der Begehung der in diesem Artikel erwähnten Taten werden für die juristischen Personen für sie festgelegte Sicherheitsmassnahmen getroffen.

Die laizistische Ordnung ist die in der Verfassung vorgesehene Ordnung. Aus diesem Grund werden die Taten wie der Versuch zur Beseitigung, Änderung oder praktischen Durchführung der laizistischen Ordnung durch Anwendung von Gewalt und Zwang dementsprechend bestraft.

Die demokratische Eigenschaft der Republik Türkei ist ein natürliches Ergebnis des Laizismus-Prinzips und sichert die individuelle Freiheit. Mit dieser Eigenschaft unterscheidet sich die Türkei von den weichen und radikalen islamischen Ländern.¹⁴

Auch das Europäische Gericht für Menschenrechte hat geschrieben, dass der laizistische Verstand in der Türkei mit den Werten, die die Fundamente des Europäischen Vertrages über Menschenrechte darstellen, übereinstimmt und dieses Prinzip zum Schutz und zur Aufbewahrung des demokratischen Systems in der Türkei als nötig gesehen werden kann.¹⁵

Gegenüber dem laizistischen System steht das Schariasystem (islamisches Religionssystem). Im Schariasystem herrschen jedoch nicht die Regeln der Vernunft, Logik und der Wissenschaft. In den Ländern, in denen das Schariasystem herrscht, kann man von Demokratie nicht reden. Deshalb steht sie mit den Grundprinzipien des Europäischen Vertrages über Menschenrechte im Widerstand.

Das Europäische Gericht für Menschenrechte hat schließlich im Prozess von Refah Partisi (Wohlstandspartei) akzeptiert, dass die Religion aufgezwungen wird und das Schariasystem die göttlichen Regeln widerspiegelt, welche fest und unveränderlich sind und darin keine Prinzipien vorhanden sind, wie "Mehrheit im politischen Bereich, dauerhafte Entwicklung der Freiheiten der Öffentlichkeit" und deshalb mit den Grundprinzipien der Demokratie nicht übereinstimmt.¹⁶

III. Türk. StGB Artikel 153; Beschädigung der Gotteshäuser und Friedhöfe

Türk. StGB Artikel 153 lautet:

(1) Wer Gotteshäuser, deren Anbauten, darin befindliche Gegenstände, Friedhöfe sowie darauf liegende Einrichtungen/Bauten, Anlagen in Friedhöfen, Bauten zum Schutz der Friedhöfe durch Abbrechen, Zerstören oder Zerschlagen beschädigt, wird mit Freiheitsstrafe von einem bis zu vier Jahren bestraft.

(2) Wer die im ersten Absatz erwähnten Plätze und Einrichtungen/Anlagen bzw. Bauten beschmutzt, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

(3) Werden die im ersten und zweiten Absatz aufgeführten Taten, zur Beleidigung der betroffenen Religionsgesellschaften begangen, so wird die dafür festgelegte Strafe um ein Drittel erhöht.

¹⁴ Kanadoğlu, S. 502.

¹⁵ Leyla Şahin v. Türkiye.

¹⁶ Refah Partisi ve Diğerleri/Türkiye, 31.07.2001.

Dieser Artikel ist im türkischen Strafgesetz im Abschnitt “Straftaten gegen Vermögen” geregelt. Da das geschützte Rechtsgut, im Prinzip die Vermögenswerte sind, werden Abbruch, Zerstörung oder Zerbruch von den in diesem Artikel aufgeführten Einrichtungen und Gegenständen im Vergleich zu deren Beschmutzung mit einer erschwerenden Strafe bestraft.

Das Vergehen wird mit Vorsatz verübt. Wenn es jedoch mit Absicht verübt wird, so ist es als erschwerender Umstand, wie im Absatz 3 vorgesehen, zu sehen.

IV. Türk. StGB Artikel 219; Missbrauch der religiösen Aufgaben während der Amtstätigkeit

Türk. StGB Artikel 219 lautet:

Wenn ein religiöser Vorgesetzter wie Vorbeter, Priester, Prediger, Mönch oder Rabbiner während der Erfüllung seiner Amtstätigkeit öffentlich die Regierungsverwaltung und Staatsgesetze sowie Ausführungen der Regierung missbilligt und anschwärzt, wird er mit Freiheitsstrafe von einem Monat bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bestraft oder nur mit einer dieser Strafen bestraft.

In diesem Artikel ist somit als Vergehen bzw. Straftat beschrieben, wenn diejenigen, die solche religiösen Aufgaben bzw. Amtstätigkeiten ausüben während der Erfüllung ihrer Amtstätigkeit Staatsverwaltung oder Gesetze oder Ausführungen der Regierung öffentlich anschwärzen. Die Zuwiderhandlung in dieser Form ist unter Artikel 24 im letzten Absatz der Verfassung mit dem Titel “die Freiheit für Religion und Gewissen” mit einer Strafe vorgesehen worden. Im letzten Absatz des Artikel 24 der Verfassung wurde festgelegt, dass keine Person die Religion oder religiösen Gefühle oder in religiöser Hinsicht heilige Sachen missbrauchen oder ausbeuten darf.

V. Türk. StGB Artikel 230 Abs. 1-2; Doppelehe (Polygamie)

Türk. StGB Artikel 230 Absatz 1 lautet:

Wer eine Ehe schließt, obwohl er verheiratet ist, wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zwei Jahren bestraft. Der 2. Absatz des gleichen Artikels lautet: Wer eine Ehe schließt, der zwar nicht verheiratet ist aber ihm bekannt ist, dass sein Partner verheiratet ist, wird auch er nach dem ersten Absatz bestraft.

Mit diesem Artikel wird beabsichtigt, die Polygamie (Doppelehe) zu verhindern. Diese Bestimmung hat jedoch für die Türkei noch eine besondere Bedeutung, weil die Mehrheit der Bevölkerung Moslem ist. Wie es im Allgemeinen bekannt ist, erlaubt die islamische Religion den Männern die Polygamie, also mehrere Frauen zu heiraten. Hier

sieht man doch, dass in die Religionsfreiheit eingegriffen wird, indem eine Sache verboten wird, obwohl die Religion es erlaubt.

Diese Tat kann erst dann als “begangen” angenommen werden, wenn eine amtlich verheiratete Person mit einer anderen amtlich verheirateten Person amtlich die Ehe schließt. Zur Vollendung der Tatbegehung muss die amtliche Ehe geschlossen worden sein. Es ist nicht wichtig, ob die erste Ehe in der Türkei oder im Ausland geschlossen worden ist. Der Täter kann Frau oder Mann sein.

Wer die Ehe mit einer unverheirateten Person schließt, obwohl er selbst verheiratet ist, wird nach der Bestimmung des zweiten Absatzes bestraft.

Diese Tat wird vorsätzlich begangen, nicht fahrlässig.

VI. Türk. StGB Artikel 230 Abs. 5-6; (religiöse) Trauung

Türk. StGB Artikel 230 Absatz 5 lautet:

Wer ohne Eheschließung eine kirchliche bzw. religiöse Zeremonie für seine Ehe abhalten lässt, wird mit Freiheitsstrafe von zwei bis zu sechs Monaten bestraft. Übrigens entfallen die erhobene öffentliche Klage und erkannte Strafe mit allen ihren Ergebnissen, wenn die Ehe standesamtlich geschlossen wird. Absatz 6 des gleichen Artikels lautet: Wer die kirchliche bzw. religiöse Zeremonie ab Eheschließung oder Trauung macht, ohne den Nachweis zur amtlich geschlossenen Ehe zu zeigen, wird mit Freiheitsstrafe von zwei bis zu sechs Monaten bestraft.

Mit diesem Artikel wird die Durchführung der kirchlichen bzw. religiösen Trauung ohne standesamtliche Trauung als strafbare Handlung anerkannt. Die Durchführung der kirchlichen bzw. religiösen Trauung wird im sechsten Absatz bestraft.

Die Straftat ist im Abschnitt „Taten gegen Familienordnung“ geregelt. Durch die Bestrafung dieser Tat wollte man die Familienordnung schützen und dadurch die standesamtliche Trauung (bzw. Zivilehe) fördern.

Da das Zusammenleben ohne jede Trauung nach dem türkischen Recht keine Tat bzw. strafbare Handlung ist, hatte man sich mit der Behauptung “es sei entgegen dem Gleichheitsprinzip des Grundgesetzes” an das Verfassungsgericht gewandt. Das Verfassungsgericht hat die Behauptung, dass es dem Grundgesetz entgegenstehe, abgelehnt.¹⁷ Nach dem Verfassungsgericht ist es durchaus nicht zu diskutieren, dass die Ehen, beruhend auf kirchlicher bzw. religiöser Trauung, für Frauen und Kinder erhebliche Probleme mit sich bringen und deshalb die Durchführung der kirchlichen

¹⁷ Any. Mah. T. 24.11.1999, E. 1999/27, K. 1999/42.

bzw. religiösen Trauung ohne standesamtliche Trauung bestraft werden müsse, um öffentliche Ordnung und das Interesse der Öffentlichkeit zu sichern. Diejenigen, die ohne standesamtliche Trauung zusammenleben und diejenigen, die die kirchliche bzw. religiöse Trauung mit dem Willen und mit dem Wunsch abhalten, weil sie einander heiraten wollen, befinden sich nicht in gleicher juristischer Lage.

VII. Türk. StGB Artikel 263; Eröffnung einer ungesetzlichen Ausbildungsanstalt

Türk. StGB Artikel 263 lautet:

Wer eine ungesetzliche Ausbildungsanstalt bzw. eine Anstalt eröffnet, die gegen das Gesetz verstößt, sie betreibt und in einer solchen Anstalt als Lehrer bzw. Lehrkraft tätig wird, obwohl ihm bekannt ist, dass eine solche Anstalt ungesetzlich eröffnet worden ist, wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu drei Jahren bestraft. Laut des 2. Absatzes dieses Artikels wird dann die Entscheidung zur Schließung der vorstehend erwähnten Anstalten getroffen.

Die Tat bzw. strafbare Handlung ist im Abschnitt "Straftaten gegen das Funktionieren und die Zuverlässigkeit der öffentlichen Verwaltung" geregelt. Mit diesem Artikel wird neben der normalen Ausbildung auch die religiöse Ausbildung beschränkt; dadurch wird genau bestimmt, dass egal welcher Art die Ausbildungsanstalt ist, jede Anstalt in jedem Bereich erst durch Einholung bestimmter Genehmigungen von bestimmten Behörden eröffnet werden kann.

Natürliche Personen und juristische Personen des privaten Rechts können in der Türkei private Schulen, Hochschulen und Vorbereitungsschulen sowie ähnliche Ausbildungsstellen eröffnen.

Die Tat ist erst dann als begangen anzusehen, wenn eine ungesetzliche Ausbildungsanstalt eröffnet worden ist. Unter Eröffnung ist zu verstehen, dass der Anfang dieser Ausbildung bzw. dieses Lehrganges in dieser Schule dem zuständigen Amt bekannt gemacht wird. Es gibt dazwischen keinen Unterschied, ob diese Bekanntmachung bzw. Mitteilung schriftlich oder mündlich gemacht werden muss. Hier müssen nicht unbedingt Vorlesungen (mündlicher Fachunterricht) gehalten werden.¹⁸

Diese Tätigkeit eines Lehrers oder einer Lehrkraft ist als eine Information bzw. eine Lehre an Andere zu übertragen und zu prüfen bzw. zu kontrollieren, ob sie diese Informationen bzw. Lehre erlernt haben.¹⁹

¹⁸ Özek/Erman, S. 347.

¹⁹ Özek/Erman, S. 347.

Diese Tat wird vorsätzlich begangen. Der Täter muss wissen und wollen, dass er eine ungesetzliche Ausbildungsanstalt eröffnet und/oder in einer solchen Anstalt als Lehrer bzw. Lehrkraft tätig wird.

Neben diesen geschriebenen Straftaten wurden neben Rassenmord (türk. StGB Artikel 76), Taten gegen die Menschheit (Artikel 77) sowie Bildung einer Bande bzw. Organisation zur Begehung dieser Taten oder die Mitgliedschaft in solchen Organisationen (Artikel 78) und auch die Straftaten gegen die Angehörigen einer bestimmten Religionsgemeinschaft parallel zum internationalen Recht als Straftaten definiert.

F. Schlussbetrachtungen

Wie bei allen demokratischen Staaten, ist auch in der Türkei die Freiheit der Religion, der Bekenntnis und des Gottesdienstes sowie die Äußerungsfreiheit unter den Schutz der Verfassung gestellt.

Die türkische Republik ist zugleich ein laizistischer Staat und Laizismus ist einer der Eigenschaften der Republik, welche zwischen den Verfassungsartikeln steht, die unabänderbar sind.

Das türkische StGB beinhaltet Bestimmungen, die sowohl die Freiheiten von Religion und Bekenntnis, als auch das laizistische System schützen. In einem Staat, in dem das laizistische System nicht herrscht und im Gegenteil sogar die religiösen Regeln in Kraft sind, kann von einer Demokratie im europäischen Sinne keine Rede sein. Deswegen ist der Laizismus ein unverzichtbarer Bestandteil des demokratischen Rechtsstaates.

Uferlose Religions-, und Bekenntnisfreiheit endet in einem Staat, der eine religiöse Ordnung hat. Deswegen darf die Religionsfreiheit nicht zur Vernichtung der verfassungsmäßigen Ordnung des Staates verwendet werden.

Das türkische Rechtssystem akzeptiert Religions-, Bekenntnis- sowie Gottesdienstfreiheit und hat manche Beschränkungen eingeführt, um die Religionsfreiheiten, verschiedene Bekenntnisse oder das Prinzip des Laizismus zu schützen, welches der Grundstein der türkischen Demokratie ist. Die Verletzungen gegen diese Beschränkungen sind im türk. StGB als Straftatbestände geregelt.

Als letztes möchten wir betonen, dass die Regelungen hinsichtlich des Schutzes der Religion im alten und neuen Strafgesetzbuch einige Unterschiede haben, die aber nicht von großer Bedeutung sind.

Türkiye'de Din Özgürlüğü ve Ceza Hukuku

Doç. Dr. Ayşe Nuhoglu¹

Bir ülkede ceza hukuku ve din özgürlüğü arasındaki ilişkiyi açıklamadan önce, o ülkedeki din devlet ilişkileri konusunda hakim olan ilkelerin bilinmesi gereklidir. Bu nedenle öncelikle Türkiye Cumhuriyetinde din devlet ilişkileri konusunda kısa bir açıklama yapılacaktır.

Türkiye Cumhuriyeti Anayasasının 2. maddesine göre Türkiye Cumhuriyeti demokratik, laik ve sosyal bir hukuk Devletidir. Anayasa'nın 2. maddesinde laiklik ilkesi belirtilmişken, buna paralel olarak bu ilkeyi korumak ve tamamlamak üzere 24. maddesinde din ve vicdan hürriyeti, 25 ve 26. maddelerinde de düşünce ve kanaat hürriyeti ile düşünceyi açıklama ve yayma hürriyeti düzenlenmiştir.

Laiklik, Cumhuriyetin Anayasa'da yer alan temel ilke ve niteliklerinin varlık nedenidir. Bağımsızlığın, ulusal egemenliğin gerçekleşmesi, demokrasinin doğuşu ve gelişimi laiklik ilkesinin eseridir. Laiklik ilkesi kişisel ve siyasal çıkarlar uğruna, dini veya din duygularının yahut dince kutsal sayılanları kötüye kullananlara karşı toplumu korumakta birinci etkindir.²

A. Türk Anayasa Mahkemesine göre laiklik

Türk uygulamasında ve Anayasadaki düzenlemede laiklik diğer birçok Avrupa ülkesindeki laiklik uygulamasından, diğer bir ifade ile sekülerizmden farklı olup, Fransa'nın kabul ettiği laiklik sistemine paralel bir sistemdir.³

Türk Anayasa Mahkemesi çeşitli kararlarında laiklik ilkesinin anlamını açıklamıştır. Anayasa Mahkemesi kararlarında laiklik ilkesinin toplumsal niteliğini belirleyerek, ulusal egemenlik, demokrasi, özgürlük ve bilimin oluşturduğu bir ortamda geliştiğini açıklamış, laikliğin sadece din ve devlet işlerinin ayrılması anlamında olmayıp, toplum

¹ Hukuk Fakültesi, Marmara Üniversitesi, İstanbul/Türkiye.

² *Kanadoğlu*, Laiklik Yasal Koruma Altındadır, Prof. Dr. Erdoğan Teziç'e Armağan, İstanbul 2007, S. 502.

³ *Meyson-Renoux*, La Conception Française De La Laïcité (nakleden: Prof. Dr. Erdoğan Teziç'e Armağan, İstanbul 2007, S. 473).

yaşamının her alanını kapsadığını belirtmiştir.⁴ Anayasa Mahkemesinin 07.03.1989 tarihli kararına⁵ göre laiklik ilkesi şu unsurları kapsar.

Dinin devlet işlerinde etkili ve egemen olmaması:

Dinin, bireyin manevi yaşamına ilişkin olan dini inanç bölümünde, aralarında ayırım gözetilmeksizin, sınırsız bir özgürlük tanınarak dinlerin anayasal güvence altına alınması,

Dinin, bireyin manevi yaşamını aşarak toplumsal yaşamını etkileyen eylem ve davranışlara ilişkin bölümlerinde, kamu düzeninin, güvenliğini ve yararını korumak amacıyla sınırlamalar yapılması ve dinin kötüye kullanılmasının ve sömürülmesinin yasaklanması,

Kamu düzeninin ve hakların koruyucusu sıfatıyla, dinsel hak ve özgürlükler konusunda devlete denetim yetkisi tanınması, laiklik ilkesinin gereğidir.

Yüksek Mahkemenin aynı kararında, demokratik düzenin, dinsel gerekleri egemen kılmayı amaçlayan şeriat düzeninin karşıtı olduğu, dinsel gereklere yönetimle ağırlık veren bir düzenlemenin demokratik olamayacağı, demokratik devletin, ancak laik devlet olacağı belirtilmiştir. Zira dinsel gerekli düzenlemeler dinsel çabalar, zorlamaları, bunlar da dinsel ayrılıkları getirecektir. Sonuçta demokrasinin özgürlükçü, çoğulcu, hoşgörücü niteliği kalmayacaktır.

Anayasa Mahkemesi 16.01.1998 tarihli kararında,⁶ Anayasa Mahkemesinin, lâikliği, bir inanış şekli ve ölçütü olarak kabul etmediği, tam tersine, laikliğin bir düşünce tarzı, bir davranış biçimi, bir üslup olduğunu kabul ettiği belirtilmektedir. Diğer bir ifade ile, vatandaşlar inançlarında özgür olacaklar; devlet buna müdahale etmeyecek; devlet işlerinde de doğmatik ve skolastik zihniyet değil, bilim ve akıl esas alınacaktır.

Söz konusu karara göre, laiklik ilkesinin kabulü ile doğmatik değerlerin yerine akla ve bilime dayanan değerler geçmiş, dinsel duygular sahibinin vicdanında dokunulmaz yerini almıştır. Değişik inançlara sahip olanlar, birlikte yaşama gereğini benimseyerek devletin kendilerine karşı eşit yaklaşımından güven duymuşlardır. Böylece, iç barış sağlanarak yurttaşlar, ulus bilinciyle, Türkiye Cumhuriyeti'ni kuran Türk Ulusu'nun bireyleri olmuşlardır. Hukuk devleti ve hukukun üstünlüğü ilkesi, gücünü laiklikten almış; milliyetçilik ilkesi laiklikle tamamlanmış; Türk Devrimi laiklikle anlam kazanmıştır. Anayasa'da da bu ilkenin değiştirilemeyeceği öngörülmüştür. Laiklik

⁴ *Diñkol*, 1982 Anayasası Çerçevesinde ve Anayasa Mahkemesi Kararlarında Laiklik, İstanbul 1992, S. 208.

⁵ Any. Mah. T. 07.03.1989, E. 1989/1, K. 1989/12, RG. 05.07.1989/20216.

⁶ Any. Mah. T. 16.01.1998, E. 1997/1, K. 1998/1.

devlet etkinliklerinde dinin, bilimin yerine geçmesini önleyerek çağdaşlaşmayı hızlandırmıştır. Laiklik, din ve devlet işleri ayrılığı biçiminde daraltılamaz. Boyutları daha büyük, alanı daha geniş bir uygarlık, özgürlük ve çağdaşlık ortamıdır. Türkiye’nin modernleşme felsefesi, insanca yaşama biçimi ve insanlık idealidir. Laik düzende, özgün bir sosyal kurum olan din, devlet kuruluşuna ve yönetimine egemen olamaz. Devlete egemen ve etkin güç, dinsel kurallar ve gerekler değil, akıl ve bilimdir. Din, kendi alanında, vicdanlardaki yerinde, Tanrı-insan arasındaki inanç olgusudur. Kişinin iç-inanç dünyasının düzenleyicisi olan dinin, devlet işlerinde yasal düzenlemelerin kaynağı ve dayanağı olması düşünülemez. Devlete, dinsel konularda denetim ve gözetim hakkı tanınması, din ve vicdan özgürlüğünün, demokratik toplum düzeninin gereklerine aykırı bir sınırlama sayılamaz. Devlet-din özdeşliğinin yolaçtığı zararlar laiklikle önlenmiş, çağdaş uygarlık yolu laiklik ilkesiyle açılmış, bağımsız bir hukuk kurumu olarak yeni yapısına kavuşmuştur. Demokrasiye geçişin de aracı olan lâiklik, Türkiye’nin yaşam felsefesidir. Laik devlette, kutsal din duyguları politikaya, dünya işlerine, hukuksal düzenlemelere kesinlikle karıştırılmaz. Bu tür düzenlemeler, dinsel gerekler ve düşüncelerle değil, bilimsel verilerden yararlanılarak kişi ve toplum gereksinimlerine göre yapılır.

Anayasa Mahkemesi’nin 21.06.1995 tarihli bir kararına göre⁷ laiklik, “din düşmanlığı dinsizlik ya da dine karşı oluş değil, inanç özgürlüğüne saygıdan kaynaklanan (...) davranış biçimidir”.

Anayasa Mahkemesinin 16.09.1998 tarihli kararına göre,⁸ din ve vicdan özgürlüğü, kişinin herhangi bir dinî veya felsefî inancı olma veya olmama hakkını, dinî inanç sahibinin ise dininin gereklerini öğrenme hakkını ifade eder. Bu bağlamda, herkesin, dinî ve felsefî inançları doğrultusunda kısıtlama olmaksızın eğitim ve öğretim görme hakkı bulunmaktadır. Bu kurallarla, anlam ve kapsamı belirlenen din ve vicdan özgürlüğü, yalnız, kişilerin diledikleri inanç ve kaniya sahip olmalarını değil, olmamalarını da güvenceye almaktadır. Anayasal sınırlar içinde, herkesin dinini seçme ve inancını açıklama konusundaki özgürlüğü, demokratik, lâik bir hukuk devletinde yasakoyucunun her türlü etkisinin dışındadır. Devlet, her türlü din ve inanca aynı uzaklıktadır. Devletin dinlerden birini seçmesi, ayrı dinlere bağlı yurttaşlar yönünden eşitlik ilkesine de aykırı düşer. Bu nedenle, lâiklik ilkesi din ve vicdan özgürlüğünün en önemli güvencesidir.

⁷ Any. Mah. T. 21.06.1995, E. 1995/17, K. 1995/16, AMKD, sy. 31, C. 2, S. 546.

⁸ Any. Mah. T. 16.09.1998, E. 1997/62, K. 1998/52.

Lâik devletin, doğası gereği resmî bir dininin bulunmaması, belli bir dine üstünlük tanımamasını, onun gereklerini yasalar ve diğer idarî işlemlerle geçerli kılmaya çalışmamasını gerektirir.

B. Din ve Ceza Hukuku

Laiklik ilkesini yukarıda açıklanan şekilde kabul eden bir sistemde, herhangi dinin veya belli bir dinin veya dince kutsal sayılan değerlerin ceza hukuku normları ile korunması düşünülemez. Böyle bir sistemde ancak din özgürlüğü, din ve vicdan hürriyeti ve düşünceyi açıklama hürriyeti ceza hukuku korumasından yararlanacaktır.

Türkiye laik bir ülke olduğundan Ceza Kanunundaki din özgürlüğüne ilişkin hükümlere bakıldığında, bu özgürlüğü koruyan hükümler olduğu görülür. Bu hükümler din özgürlüğünü korurken dinler arasında herhangi bir ayırım yapmadığı gibi dinsizlik özgürlüğünü de korumaktadır. Ceza Kanunundaki hükümlerle belli bir dinin değil, din özgürlüğünün korunduğunu görmekteyiz.

Laik düzende, devlet dinler karşısında tarafsız olmak zorundadır. Din özgürlüğü kapsamındaki haklardan yararlanma konusunda tüm dini inançlar arasındaki aynılık, demokratik sistemlerin eşitlik kuralının da zorunlu bir sonucudur. Bu nedenle, devlet kişilere dini inançları ne olursa olsun, inançlarını açıklayıp yaymak, eğitim yapmak, dini inançlarına uygun ibadeti yapmak, örgütlenme haklarını tanımak ve bu hakların kullanılması ile ilgili yasal düzenlemelerde dini inancın türüne göre ayırım yapmamak zorundadır.⁹

C. Laik Ceza Kanunlarının Özellikleri

Laik ceza kanunlarının özellikleri şu şekilde sıralanabilir:¹⁰

Hiçbir din diğerinden üstün tutulmaz.

Din, özgürlüklerden biri olarak kabul edilir.

Bireylerin din özgürlüklerinin ihlali cezalandırılır.

Dinin kendine ait ihlaller suç teşkil etmez.

⁹ Nuhoglu, İnanç Özgürlüğüne İlişkin Alman Anayasa Mahkemesi'nin Bir Kararı, Prof. Dr. Nurullah Kunter'e Armağan, İstanbul 1998, S. 190.

¹⁰ Özek, Türkiye'de Laiklik İstanbul 1962, S. 216.

Suçların tamamlanabilmesi için failin özel kast ile hareket etmesi gerekir.

Din özgürlüğünün ihlali aynı zamanda kamu düzenini de bozmaktadır.

Cezai korumanın konusunun din hürriyeti olması birtakım sonuçlar doğurur: Birey kendi dini inancına olan tecavüzlerin cezalandırılmasını devletten istemek hakkına sahiptir. Devlet de bu tecavüzleri önlemek ve tecavüz halinde faili cezalandırmak yükümlülüğü altındadır. Devletin cezalandırma ve önleme fonksiyonu, herkesin kişisel düşüncesini korumayı gerektirir. Devlet bu şekilde özgürlükleri korurken tarafsız hareket etmek zorundadır. Herhangi bir dinin diğerinden üstün tutulması veya daha kuvvetli bir şekilde korunması din özgürlüğüne aykırıdır.¹¹

Bütün özgürlüklerin olduğu gibi din, vicdan, ibadet özgürlüğünün kısıtlanması da mümkündür. Din özgürlüğünün kamu düzenini bozacak şekilde kullanılması suç teşkil eder ve din özgürlüğünün kötüye kullanılması anlamına gelir.

Ceza Kanunundaki bazı hükümler doğrudan din, ibadet, vicdan özgürlüğünü korurken, bazı hükümler devletin laik temel düzenini koruyarak dolaylı bir şekilde din, vicdan ve ibadet özgürlüğünü de korumaktadır.

Burada bir hususu belirtmek gerekir: Türk Ceza Kanunu’nun genel hükümler kısmında “adalet ve kanun önünde eşitlik ilkesi” başlığını taşıyan 3. maddenin 2. fıkrasında, ceza kanununun uygulanmasında kişiler arasında ... din, mezhep, ... yönünden ayırım yapılamayacağı ve hiçbir kimseye ayrıcalık tanınamayacağı hüküm altına alınmıştır.

Aslında hüküm anayasal bir hükümdür ve Anayasa’nın kanun önünde eşitlik başlıklı 10. maddesinde mevcuttur. Ancak kanunkoyucunun ceza kanununda böyle bir düzenleme yapmasının sebebi anlaşılamamaktadır.

D. Doğrudan Din Özgürlüğünü Koruyan Hükümler

I. TCK madde 115

(1) Cebir veya tehdit kullanarak, bir kimseyi dini, siyasi, sosyal, felsefi inanç, düşünce ve kanaatlerini açıklamaya veya değiştirmeye zorlayan ya da bunları açıklamaktan, yaymaktan men eden kişi, bir yıldan üç yıla kadar hapis cezası ile cezalandırılır.

¹¹ Özek (Dipnot 10), S. 177.

(2) Dini ibadet ve ayinlerin toplu olarak yapılmasının, cebir veya tehdit kullanılarak ya da hukuka aykırı başka bir davranışla engellenmesi halinde, yukarıdaki fıkra göre ceza verilir.

Hüküm ceza kanununda kişilere karşı suçlar kısmında, hürriyete karşı suçlar bölümünde düzenlenmiştir. Bu nedenle hüküm ile doğrudan, kişi özgürlüğünü dolayısıyla din, inanç ve ibadet özgürlüğü korunmaktadır. Madde ile belli bir dine ilişkin veya sadece semavi dinlere ilişkin özgürlüğün korunması sözkonusu olmayıp, kamu düzenine aykırı olmayan bütün dinlere ilişkin özgürlük madde kapsamında korunmaktadır.

Maddenin 1. fıkrasında düzenlenen suç tehlike suçu olarak düzenlenmiştir. Zira suçun oluşması için uygulanan cebir veya tehdit sonucu kişinin dini inanç, düşünce ve kanaatlerini açıklamış olması veya bunları açıklamaktan men edilmiş olması gerekmez. Kişiye karşı dini inanç, düşünce ve kanaatlerini açıklaması veya değiştirmesi veya açıklamaktan, yaymaktan men edilmesi amacıyla cebir veya tehdit kullanılması halinde suç tamamlanmıştır.

Suçun manevi unsuru özel kasttır. Kişiye karşı uygulanan cebir veya tehdit, kişinin dini inanç, düşünce ve duygularını açıklaması, değiştirmesi, açıklamaktan men edilmesi veya yaymaktan men edilmesi amacıyla uygulanmalıdır.

115. maddenin 2. fıkrasında ise, ibadet özgürlüğü korunmaktadır. 2. fıkrada düzenlenen suç tehlike suçu olmayıp, zarar suçudur. Zira suçun oluşması için, dini ibadet ve ayinlerin toplu olarak yapılmasının engellenmesi gerekir. Şayet cebir veya tehdit uygulanmış ancak dini ibadet veya ayinlerin toplu olarak yapılması engellenmemişse, suçun teşebbüs derecesinde kaldığı kabul edilmelidir. Bireysel, tek başına yapılan ibadetin yapılmasının maddede belirtilen araçlarla engellenmesi halinde bu suç oluşmayacaktır. Ancak toplu ibadet veya ayinlerin engellenmesi halinde suç oluşacaktır.

Dini ibadet ve ayinlerin engellenmesi, dini ayin ve ibadete başlanılamamasını, başlanmışsa usulüne uygun bir şekilde sona erdirilmesinin engellenmesini ifade etmektedir. Dini ibadet ve ayinlerin engellenmesinin suçu oluşturabilmesi için, ibadet ve ayinin ait olduklarını dinin gereklerine uygun bir şekilde yapılması ve hukuk düzenine uygun olmaları gerekir.

1. fıkradan farklı olarak 2. fıkrada suçun işlenmesinde kullanılan araçlar sınırlı olarak sayılmamıştır. Diğer bir ifade ile 1. fıkrada düzenlenen suç, bağlı hareketli bir suç iken, 2. fıkrada düzenlenen suç, serbest hareketli bir suçtur. 1. fıkrada suçun cebir veya

tehditle işleneceği belirtilmişken, 2. fıkrada cebir, tehdit veya hukuka aykırı başka bir davranışla da suçun işlenebileceği belirtilmiştir.

Bu suç genel kastla işlenir. Fail ibadet ve ayinlerin toplu olarak yapılmasının engellenmeyi bilmeli ve istemelidir.

Her iki fıkra açısından da Kanunda bir yıldan üç yıla kadar hapis cezası öngörülmüştür.

II. TCK m. 122 Ayırmacılık Suçu

TCK'nun 122. maddesine göre,

“(1) Kişiler arasında dil, ırk, renk, cinsiyet, siyasi düşünce, felsefi inanç, din, mezhep ve benzeri sebeplerle ayırım yaparak;

Bir taşınır veya taşınmaz malın satılmasını, devrini veya bir hizmetin icrasını veya hizmetten yararlanılmasını engelleyen veya kişinin işe alınmasını veya alınmamasını yukarıda sayılan hallerden birine bağlayan,

Besin maddelerini vermeyen veya kamuya arzedilmiş bir hizmeti yapmayı reddeden,

Kişinin olağan bir ekonomik etkinlikte bulunmasını engelleyen,

Kimse hakkında altı aydan bir yıla kadar hapis veya adli para cezası verilir”.

Madde ile insanlar arasında maddede sayılan sebeplerle yasal olmayan bir ayırım yaparak bazılarını dezavantajlı duruma getirmek cezalandırılmaktadır. Madde ile halk arasında bölücülük yapma eylemleri cezalandırılmaktadır.

Suç özel kastla işlenir. Fail, kişiler arasında dil, ırk, renk, cinsiyet, siyasi düşünce, felsefi inanç, din mezhep veya benzeri sebeplerle ayırım yapmalı ve bu nedenlerle örneğin hizmeti sunmayı reddetmelidir.

III. TCK m. 125, Hakaret Suçu

TCK'nun 125. maddesinde düzenlenen hakaret suçunda, 3. fıkranın b bendinde hakaret suçunun, ... dini inanç, düşünce ve kanaatlerini açıklamasından, değiştirmesinden, yaymaya çalışmasından, mensup olduğu dinin emir ve yasaklarına uygun davranmasından dolayı, c bendinde de kişinin mensup bulunduğu dine göre kutsal sayılan değerlerden bahisle işlenmesi halinde cezanın alt sınırının bir yıldan az olamayacağı kabul edilmiştir.

Madde ile kişinin mensubu olduğu dini açıklama, yayma, değiştirme ve bu dinin emir ve yasaklarına uygun davranabilmesi hakkı korunmaktadır. Madde ile kişinin dini

duyguları bağlamında şeref ve onuru korunmaktadır. C bendinde düzenlenen ağırlatıcı sebebin uygulanabilmesi için failin kutsal değerleri aşağılama, onlara hakaret etme kastının bulunması gerekmez. Fail tarafından söylenen sözler kutsal sayılan değerleri küçük düşürmeye elverişli ise ağırlatıcı sebebin uygulanması gerekir. Örneğin peygamber veya kutsal kitap kullanılarak hakaret edilmesi halinde, failin amacı sadece kişiyi küçük düşürmek olsa dahi ağırlatıcı sebep uygulanacaktır. Kişiyi küçük düşürmeksizin sadece kutsal değerlere hakaret edilmesi hali ise TCK'da suç olarak düzenlenmemiştir.

IV. TCK m. 135; Kişisel Verilerin Kaydedilmesi Suçu

TCK'nun 135. maddesinde hukuka aykırı olarak kişisel verilerin kaydedilmesi suç olarak düzenlenmiş, aynı maddenin 2. fıkrasında kişilerin siyasi, felsefi veya dini görüşlerine, ırki kökenlerine; hukuka aykırı olarak ahlaki eğilimlerine, cinsel yaşamlarına, sağlık durumlarına veya sendikal bağlantılarına ilişkin bilgileri kişisel veri olarak kaydeden kimse altı aydan üç yıla kadar hapis cezası ile cezalandırılır.

Bu suçun oluşması için kişisel verilerin hukuka aykırı olarak kayda alınması gerekir. İlgilinin rızası varsa, bilgilerinin kaydedilmesi suç olmayacaktır. Kayıt işleminin mutlaka elektronik ortamda yapılmasına gerek olmayıp, kağıt üzerinde yapılması halinde de suç oluşacaktır. Madde Türkiye'nin 28.01.1981 tarihinde imzaladığı "kişisel nitelikteki verilerin otomatik işleme tabi tutulması karşısında kişilerin korunmasına dair sözleşmenin" ilgili hükümlerine geçerlilik tanımıştır.

Suç ile kişisel veri, özel hayatın dokunulmazlığı bağlamında din özgürlüğü korunmaktadır.

V. TCK 158/1-a, Nitelikli Dolandırıcılık Suçu

TCK'nun 158. maddesinde düzenlenen nitelikli dolandırıcılık suçunun 1. fıkrasının a bendinde "suçun dini inanç ve duyguların istismar edilmesi suretiyle" işlenmesi hali öngörülmüş ve yaptırım olarak iki yıldan yedi yıla kadar hapis ve beşbin güne kadar adli para cezası öngörülmüştür.

E. Devletin Temel Laik Düzenini Koruyan Hükümler

I. TCK m. 216, Halkı Kin ve Düşmanlığa Tahrik Veya Aşağılama

TCK'nun 216. maddesine göre,

“(1) Halkın sosyal sınıf, ırk, din, mezhep veya bölge bakımından farklı özelliklere sahip bir kesimini, diğer bir kesimi aleyhine kin ve düşmanlığa alenen tahrik eden kimse, bu nedenle kamu güvenliği açısından açık ve yakın bir tehlikenin ortaya çıkması halinde, bir yıldan üç yıla kadar hapis cezası ile cezalandırılır.

(2) Halkın bir kesimini, sosyal sınıf, ırk, din, mezhep, cinsiyet veya bölge farklılığına dayanarak alenen aşağılayan kişi, altı aydan bir yıla kadar hapis cezası ile cezalandırılır.

(3) Halkın bir kesiminin benimsediği dini değerleri alenen aşağılayan kişi, fiilin kamu barışını bozmaya elverişli olması halinde, altı aydan bir yıla kadar hapis cezası ile cezalandırılır”.

Suç ile kamu barışı hukuki yararı korunmaktadır.

Maddenin 1. fıkrasında düşünceyi açıklama ve yayma özgürlüğünü kısıtlayan bir düzenleme içermektedir. Ancak maddedeki kısıtlamanın koşulları Avrupa İnsan Hakları Sözleşmesine ve Avrupa İnsan Hakları Mahkemesinin kararlarına uygun bir kısıtlamadır. Suçun oluşması için halkın din, mezhep bakımından farklı özelliklere sahip bir kesiminin diğer bir kesimi aleyhine alenen tahrik edilmesi gerekir. Ancak buradaki tahrik, kamu güvenliği açısından açık ve yakın bir tehlike ortaya çıkaracak nitelikte olmalıdır. Görüleceği üzere madde ile somut tehlike suçu düzenlenmiştir.

Bu açıdan suç, aleni tahrikin yapılması ile tamamlanır, halkın bir kesiminin diğer kesimine düşman olmasına gerek yoktur.

Maddenin gerekçesinde belirtildiği üzere, tahrik fiili, soyut saygısızlık ve reddin ötesinde, bir halk kesimine karşı düşmanca tavırlar gösterilmesini sağlamaya veya bu tür tavırları pekiştirmeye objektif olarak elverişli olmalıdır. Fail subjektif olarak da bu amacı gütmeli, halk kesimini kin ve nefrete tahrik etmelidir.¹² Laiklik karşıtı eylemler halk arasında kin ve düşmanlık yaratacak boyuta ulaştığında suç oluşacaktır.

216/1. fıkrada kamu güvenliği bakımından açık ve yakın bir tehlikenin ortaya çıkmasını aranmaktadır. Bu halde suçun oluşabilmesi için, failin şiddet içeren tahriklerde bulunması gerekmektedir. Avrupa İnsan Hakları Mahkemesi de muhtelif kararlarında, ifade özgürlüğünün sınırlanabilmesi için şiddete, silahlı direnişe veya ayaklanmaya teşvik etmesi gerektiğini kabul etmektedir.¹³

İfade özgürlüğü sınırsız değildir. Bütün özgürlükler gibi Anayasa ve uluslararası metinlerde kabul edilen koşullarla sınırlandırılabilir. Diğer özgürlükler gibi ifade özgürlüğü de özgürlükleri ortadan kaldırmak için kullanılamaz.

¹² Bkz. gerekçe.

¹³ Ayhan v. Türkiye, 10.11.2004; Sürek v. Türkiye, 08.07.1999.

Maddenin 2. fıkrasında halkın bir kesiminin din, mezhep ... farklılığına dayanarak alenen aşağılanması eylemi suç olarak düzenlenmiştir. Suçun oluşması için halkın alenen aşağılanması yeterli olup, halkın bu kesiminin kendisini rencide edilmiş hissetmesine gerek yoktur. Sarf edilen sözlerin objektif olarak aşağılayıcı olması suçun oluşması açısından yeterlidir.

Suçun oluşması için eylemin alenen gerçekleştirilmesi gerekmektedir. Mağdur açısından da belirsiz sayıdaki kişilerin aşağılanması gerekir. Aksi halde hakaret suçu oluşacaktır. Eylem belirsiz sayıda kişiye yönelik olduğu için kamu barışına karşı suçlar bölümünde düzenlenmiştir.

Maddenin 3. fıkrasında dini değerlerin alenen aşağılanması halinde, fiilin kamu barışını bozmaya elverişli olması hali suç olarak düzenlenmiştir. Dini değerlerden kasıt, dince kutsal sayılan, kutsal kitap, peygamber gibi değerlerdir. Suçun oluşması için kamu barışının bozulma tehlikesinin doğması gerekir. Bu açıdan somut tehlike suçudur.

II. Anayasayı İhlal (TCK m. 309)

TCK'nun 309. maddesine göre,

“(1) Cebir ve şiddet kullanarak, Türkiye Cumhuriyeti Anayasasının öngördüğü düzeni ortadan kaldırmaya veya bu düzen yerine başka bir düzen getirmeye veya bu düzenin fiilen uygulanmasını önlemeye teşebbüs edenler ağırlaştırılmış müebbet hapis cezası ile cezalandırılırlar.

(2) Bu suçun işlenmesi sırasında başka suçların işlenmesi halinde, ayrıca bu suçlardan dolayı ilgili hükümlere göre cezaya hükmolunur.

(3) Bu maddede tanımlanan suçların işlenmesi dolayısıyla tüzel kişiler hakkında bunlara özgü güvenlik tedbirlerine hükmolunur”.

Laik düzen Anayasa'nın öngördüğü düzendir. Bu nedenle, cebir veya şiddet kullanarak laik düzenin kaldırılmasına, değiştirilmesine veya fiilen uygulanmasının önlenmesine teşebbüs niteliğindeki hareketlerde madde uyarınca cezalandırılacaktır.

Türkiye Cumhuriyeti'nin demokrat niteliği, laiklik ilkesinin doğal bir sonucudur ve bireysel özgürlüğü sağlamaktadır. Türkiye, ılımlı ve radikal İslam cumhuriyetlerinden bu niteliği ile ayrılmaktadır.¹⁴

Avrupa İnsan Hakları Mahkemesi de Türkiye'deki laiklik anlayışının “Avrupa İnsan Hakları Sözleşmesinin temelini oluşturan değerlerle uyumlu görüldüğü ve bu ilkenin

¹⁴ Kanadoğlu, S. 502.

muhafaza edilmesinin Türkiye’deki demokratik sistemin korunması bakımından gerekli görülebileceğini” belirtmiştir.¹⁵

Laiklik sisteminin karşıtı şeriat sistemidir. Şeriat sisteminde aklın, mantığın ve bilimin kuralları hakim değildir. Şer’i sistemin kabul edildiği ülkelerde demokraside sözedilemez, bu bakımdan Avrupa İnsan Hakları Sözleşmesinin temel ilkeleri ile çatışma halindedir.

Nitekim Avrupa İnsan Hakları Mahkemesi Refah Partisi davasında, “dinin empoze ettiği ilahi kuralları yansıtan şeriatın, durağan ve değişmez nitelikte olduğunu, siyasi alanda çoğulculuk, kamu özgürlüklerinin sürekli gelişmesi gibi ilkelerin şeriatta bulunmadığını, bu nedenle demokrasinin temel ilkeleri ile bağdaşmadığını” kabul etmiştir.¹⁶

III. TCK m. 153, İbadethanelere ve Mezarlıklara Zarar Verme

TCK’nun 153. maddesine göre,

“(1) İbadethanelere, bunların eklentilerine, buralardaki eşyaya, mezarlara, bunların üzerindeki yapılara, mezarlıklardaki tesislere, mezarlıkların korunmasına yönelik olarak yapılan yapıları yıkmak, bozmak veya kırmak suretiyle zarar veren kişi, bir yıldan dört yıla kadar hapis cezası ile cezalandırılır.

(2) Birinci fıkrada belirtilen yerleri ve yapıları kirleten kişi, üç aydan bir yıla kadar hapis veya adli para cezası ile cezalandırılır.

(3) Birinci ve ikinci fıkradaki fiillerin, ilgili dini inancı benimseyen toplum kesimini tahkir maksadıyla işlenmesi halinde, verilecek ceza üçte biri oranında artırılır”.

Madde Türk Ceza Kanununda malvarlığına karşı suçlar bölümünde düzenlenmiştir. Suç ile korunan hukuki yarar esas olarak malvarlığı olduğundan, maddede sayılan şeylerin yıkılması, bozulması veya kırılması, kirletilmesine nazaran daha ağır cezalandırılmıştır.

Suç genel kastla işlenir. Ancak özel kastla işlenmesi hali 3. fıkrada ağırlatıcı sebep olarak öngörülmüştür.

¹⁵ Leyla Şahin v. Türkiye.

¹⁶ Refah Partisi ve Diğerleri/Türkiye, 31.07.2001.

IV. TCK m. 219, Görev Strasında Din Hizmetlerini Kötüye Kullanma

TCK'nun 219. maddesine göre, "İmam, hatip, vaiz, rahip, haham gibi dini reislerden biri vazifesini ifa sırasında alenen hükümet idaresini ve Devlet kanunlarını ve hükümet icraatını takbih ve tezyif ederse bir aydan bir seneye kadar hapis ve adli para cezası ile cezalandırılır veya bunlardan birine hükmolunur".

Madde ile dini görev yapanların, bu görevlerini yaparken Devlet idaresini veya kanunları veya hükümet icraatını alenen kötülemeleri suç haline getirilmiştir. Bu şekilde Anayasanın "din ve vicdan hürriyeti" başlıklı 24/son fıkrasına aykırı davranış yaptırma bağlanmıştır. Anayasanın 24/son fıkrasında kimsenin ... dini veya din duygularını yahut dince kutsal sayılan şeyleri istismar edemeyeceği ve kötüye kullanamayacağı belirtilmiştir.

V. TCK 230/1-2, Birden Çok Evlilik Suçu

TCK'nun 230. maddesinin 1. fıkrasına göre, evli olmasına rağmen, başkasıyla evlenme işlemi yaptıran kişi, altı aydan iki yıla kadar hapis cezası ile cezalandırılır". Aynı maddenin 2. fıkrasına göre, "Kendisi evli olmamakla birlikte, evli olduğunu bildiği bir kimse ile evlilik işlemi yaptıran kişi de, yukarıdaki fıkra hükmüne göre cezalandırılır".

Madde ile poligami, çok eşlilik önlenmek istenmektedir. Ancak hükmün halkın büyük bir çoğunluğunun müslüman olduğu Türkiye için ayrı bir anlamı daha vardır. Bilindiği üzere İslam dini erkekler açısından çok eşliliğe izin vermektedir. Burada din özgürlüğüne, dinin izin verdiği bir şeyi yasaklamak suretiyle müdahale edildiği görülmektedir.

Bu suçun oluşması için, medeni nikahla evli olan kişinin yine medeni nikahla ikinci evliliğini yapması gerekmektedir. Suçun tamamlanması için evlilik işleminin yapılması gerekmektedir. Birinci evliliğin Türkiye'de veya yabancı bir ülkede yapılmış olmasının önemi bulunmamaktadır. Suçun faili kadın veya erkek olabilir.

Kendisi evli olmasa da, evli olduğunu bildiği bir kişiyle evlenenin de cezalandırılacağı ikinci fıkrada belirtilmiştir.

Suç kasten işlenir, taksirle işlenemez.

VI. TCK 230/5-6, Dini Nikah Suçu

TCK'nun 230. maddesinin 5. fıkrasına göre,

“Aralarında evlenme olmaksızın, evlenmesinin dinsel törenini yaptıranlar hakkında iki aydan altı aya kadar hapis cezası verilir. Ayrıca medeni nikah yapıldığında kamu davası ve hükmedilen ceza bütünü sonuçlarıyla ortadan kalkar”.

Aynı maddenin 6. fıkrasına göre,

“Evlenme akdinin kanuna göre yapılmış olduğunu gösteren belgeyi görmeden bir evlenme için dinsel tören yapan kimse hakkında iki aydan altı aya kadar hapis cezası verilir”.

Madde ile medeni nikah olmaksızın dini nikah yaptırılması ve yapılması suç haline getirilmiştir. Dini nikahı yapmak eylemi altıncı fıkrada cezalandırılmıştır.

Suç aile düzenine karşı suçlar bölümünde düzenlenmiştir. Suç ile aile düzeni korunmak istenmiş, medeni nikah teşvik edilmiştir.

Aralarında herhangi bir nikah olmaksızın birlikte yaşamak eylemi Türk hukukunda suç olmadığından, sözkonusu hükmün Anayasa’nın eşitlik ilkesi aykırı olduğu iddiası ile Anayasa Mahkemesi’ne başvurulmuştur. Anayasa Mahkemesi anayasaya aykırılık iddiasını reddetmiştir. Anayasa Mahkemesine göre,¹⁷ “dini nikâha dayalı evlenmelerin, kadın ve çocuklar yönünden doğurduğu sakıncalar gözetilerek resmî nikâh yapılmadan dini tören yapılmasının ceza yaptırımına bağlanmasının kamu düzenini ve kamu yararını sağlama amacına yönelik olduğu tartışmasızdır. Aralarında resmî nikâh bağı olmaksızın bir arada yaşayanlarla evlenme istek ve iradesiyle dini nikâh yaptıranlar aynı hukuksal konumda değillerdir”.

VII. TCK m. 263, Kanuna Aykırı Eğitim Kurumu Açmak

TCK’nun 263. maddesine göre,

“Kanuna aykırı olarak eğitim kurumu açanlara, bunları çalıştıranlara ve bu kurumlarda kanuna aykırı olarak açıldığını bildiği halde öğretmenlik yapanlara, altı aydan üç yıla kadar hapis cezası verilir.”

Maddenin 2. fıkrasına göre,

“Yukarıdaki fıkrada gösterilen yerlerin kapatılmasına da karar verilir”.

Suç kamu idaresinin güvenilirliği ve işleyişine karşı suçlar bölümünde düzenlenmiştir. Madde ile diğer eğitim yanında dini eğitime de sınırlama getirilmekte, hangi alandaki eğitim kurumu olursa olsun kanunlara uygun olarak, belirli makamlardan belirli izinler alınarak açılması gerektiği belirtilmektedir.

¹⁷

Any. Mah. T. 24.11.1999, E. 1999/27, K. 1999/42.

Türkiye de gerçek kişilerle özel hukuk tüzel kişileri her seviyede özel okul, dersane ve benzeri kurumlar açabilirler.

Suçun oluşması için, kanuna aykırı olarak eğitim kurumunun açılması gerekir. Açılmaktan kasıt, bu okulda öğretimin yapılacağıının ilgililere duyurulmasıdır. Bu duyurunun sözlü veya yazılı olması arasında fark yoktur. Burada fiilen ders okutulması şart değildir.¹⁸

Öğretmenlik yapmaktan kasıt, herhangi bir bilgiyi başkalarına aktarıcı ve onların bu bilgiyi edinmiş olup olmadıklarını denetleyici faaliyette bulunmaktır.¹⁹

Suç kasten işlenebilen bir suçtur. Fail, kanuna aykırı eğitim kurumu açtığını ve/veya öğretmenlik faaliyetinde bulunduğunu bilmeli ve istemelidir.

Belirtilen bu suçlar yanında, soykırım (TCK. 76), insanlığa karşı suç (m. 77), bu suçları işlemek için örgüt kurma veya bu örgüte üye olma (m. 78) gibi belirli bir dine mensup gruba yönelik eylemler de uluslararası hukuka paralel olarak suç haline getirilmiştir.

F. Sonuç

Bütün demokratik ülkelerde olduğu gibi Türkiye’de de din, inanç ve ibadet özgürlüğü ile ifade özgürlüğü anayasal teminat altındadır.

Aynı zamanda Türkiye Cumhuriyeti laik bir devlettir ve laiklik cumhuriyetin temel niteliklerinden olup, Anayasanın değiştirilemeyecek hükümleri arasındadır.

Türk Ceza Kanunu hem din, vicdan özgürlüğü hem de laik sistemi koruyan hükümlere yer vermiştir. Laiklik demokratik cumhuriyetin temel niteliklerindedir. Laik sistemin hakim olmadığı din devletinde, Avrupa’daki anlamıyla demokrasiden söz edilemez. Bu açıdan laiklik demokratik hukuk devletinin olmazsa olmaz gereğidir.

Sınırsız din, vicdan, ibadet özgürlüğünün tanınması sonunda din devleti düzenine yol açar. Bu açıdan din özgürlüğü, devletin anayasal düzenini yıkmak için kullanılamaz, kullanılamamalıdır da.

Türk hukuk sisteminde din, vicdan, ibadet özgürlüğü kabul edilmiş, farklı inanışta olan bireylerin din özgürlüğünün korunması veya demokrasinin temeli olan laikliğin

¹⁸ Özek/Erman, S. 347.

¹⁹ Özek/Erman, S. 347.

korunması amacıyla bazı kısıtlamalar getirilmiş, bu kısıtlamalara aykırı davranışlar ceza kanununda suç olarak öngörülmüştür.

Son olarak belirtmek gerekir ki, burada sözü edilen din özgürlüğü ile ilgili ceza normları bakımından eski ceza kanunu ile yeni ceza kanunu arasında ufak farklılıklar bulunmakla birlikte önemli farklılıklar bulunmamaktadır.